

BRIEFMARATHON 2022

MACH MIT!

Jedes Jahr im Dezember schreiben Hunderttausende im Rahmen des Amnesty-Briefmarathons Briefe, E-Mails und Postkarten für Menschen in Gefahr. Weltweit werden Millionen Briefe verschickt.

Gemeinsam drücken wir dadurch Solidarität mit Menschen aus, deren Mut und Ausdauer uns inspirieren. Gleichzeitig üben wir direkt Druck auf Behörden und politisch Verantwortliche aus zu handeln.

Mit dem Briefmarathon 2022 setzen wir uns von 1. bis 15. Dezember 2022 gemeinsam für Menschen ein, die verfolgt werden, nur weil sie ihr Recht auf Versammlungsfreiheit und freie Meinungsäußerung wahrgenommen haben.

ERFOLG: Bernardo Caal Xol

Der Gewerkschafter Bernardo Caal Xol aus Guatemala wurde im März 2022 nach vier Jahren Gefängnis freigelassen. Er war zu mehr als sieben Jahren Haft verurteilt worden, weil er sich für die Rechte der indigenen Maya Q'eqchi' und den Umweltschutz einsetzt. Menschen auf der ganzen Welt führten im Rahmen des Briefmarathons 2021 rund eine halbe Million Aktionen durch, um seine Freilassung zu fordern.



ERFOLG: FREIGESPROCHEN

18 Studierende und eine Lehrperson der Technischen Universität in Ankara (METU) waren angeklagt, weil sie 2019 an einer Pride-Parade auf dem Campus teilgenommen hatten. Beim Briefmarathon 2020 sandten Menschen weltweit über 445.000 Briefe, Faxe, Emails und SMS an die türkischen Behörden, mit der Forderung, alle Anklagen gegen die 19 Betroffenen fallenzulassen. Im Oktober 2021 wurden sie freigesprochen.

Aus tiefstem Herzen - diese Kampagne hat mich am Leben erhalten. Sie hat sie davon abgehalten, mich zu töten, weil sie wissen, dass Ihr da seid.

Jani Silva, Umweltschützerin, 2021

AMNESTY INTERNATIONAL ÖSTERREICH
Lerchenfelder Gürtel 43, 1160 Wien
Tel.: (+43 1) 78008-0
amnesty.at
regionwien.amnesty.at
regionalteam.wien@amnesty.at
Fotos: Amnesty International

REGION WIEN
AMNESTY
INTERNATIONAL





SIMBABWE: ENTFÜHRT, VERPRÜGELT UND MISSBRAUCHT. Cecillia Chimbiri, Joanna Mamombe und Netsai Marova sind Mitglieder der größten Oppositionspartei CCC in Simbabwe. Nachdem die drei Frauen gegen den Umgang des Staates mit der Coronapandemie und der Hungersnot im Land demonstriert hatten, wurden sie im Mai 2020 verhaftet, entführt und wahrscheinlich gefoltert. Ihnen drohen bis zu 20 Jahre Haft.



KUBA: IN HAFT, WEIL ER SICH FÜR MEINUNGSFREIHEIT EINSETZT. Luis Manuel Otero Alcántara ist Künstler und Anführer der San-Isidro-Bewegung, einer Gruppe von Künstler*innen, Journalist*innen und Aktivist*innen, die sich für das Recht auf freie Meinungsäußerung in Kuba einsetzen. Deswegen werden San-Isidro-Mitglieder eingeschüchert, überwacht und inhaftiert. Luis Manuel Otero Alcántara wurde zu fünf Jahren Haft verurteilt.



MAROKKO: 20 JAHRE HAFT, WEIL ER SOZIALE GERECHTIGKEIT FORDERT. Nasser Zefzafi setzt sich für bessere Lebensbedingungen der ländlichen Bevölkerung im Norden Marokkos ein. Nachdem er 2017 eine Freitagspredigt unterbrach und dem Imam vorwarf, die Religion dazu zu missbrauchen, die Anliegen der Regierung zu verbreiten, verurteilten ihn die Behörden zu 20 Jahren Gefängnis.



IRAN: HAFT UND FOLTER FÜR DEMO-TEILNAHME. 54 Jahre und 6 Monate Haft sowie 74 Peitschenhiebe – so lautet das Urteil gegen Vahid Afkari. Er sitzt seit 2018 in Einzelhaft, weil er zusammen mit seinen Brüdern Navid und Habib an Protesten gegen politische Unterdrückung teilnahm. Die iranischen Behörden folterten sie und zwangen sie zu falschen „Geständnissen“. Vahids Bruder Navid wurde 2020 im Geheimen hingerichtet.



PARAGUAY: DISKRIMINIERT, WEIL SIE ZU IHRER IDENTITÄT STEHEN. Die LGBTIQ-Aktivistinnen Yren Rotela und Mariana Sepúlveda wollen frei leben können. Als trans Frauen müssen sie sich jedoch gegen Diskriminierung wehren. 2016 stellten sie als erste transsexuelle Menschen in Paraguay einen Antrag auf Namensänderung und erhielten ein positives Urteil. Die Staatsanwaltschaft legte jedoch Berufung ein.



FRANKREICH: POLIZEI TÖTET UNBETEILIGTE BEI EINER DEMONSTRATION. 2018 fand in Zineb Redouanes Straße eine Demonstration statt. Als Polizeibeamt*innen Tränengas gegen die Demonstrierenden einsetzten, wollte Zineb das Fenster schließen. Dabei traf sie eine Tränengasgranate der Polizei direkt im Gesicht. Sie starb am nächsten Tag an ihren schweren Verletzungen. Bis heute ist niemand für ihren tragischen Tod zur Verantwortung gezogen worden.



HONGKONG: 10 JAHRE GEFÄNGNIS FÜR KERZENANDACHT. Menschenrechtsanwältin Chow Hang-tung rief in den sozialen Medien dazu auf, Kerzen zum Gedenken an die Demonstrant*innen anzuzünden, die 1989 bei der Niederschlagung der Tiananmen-Proteste getötet wurden. Die chinesische Regierung will, dass die Ereignisse von damals in Vergessenheit geraten. Dafür wurde sie zu 22 Monaten Haft verurteilt.



KAMERUN: ZUM ERSTEN MAL DEMONSTRIERT - FÜNF JAHRE HAFT. Die schlechte wirtschaftliche Situation in Kamerun bereitete der alleinerziehenden Mutter Dorgelesse Nguessan Sorge. Deshalb entschloss sie sich, zum ersten Mal in ihrem Leben an einer Demonstration teilzunehmen. Dabei wurde sie verhaftet und zu fünf Jahren Haft verurteilt. Dorgelesse hat nur ihr Recht auf freie Meinungsäußerung und Versammlungsfreiheit ausgeübt.



RUSSLAND: 10 JAHRE HAFT FÜR KRITIK AM KRIEG. Der Künstlerin Aleksandra Skochilenko drohen bis zu 10 Jahre Gefängnis, weil sie in einem Supermarkt in St. Petersburg Preisschilder durch Etiketten mit Fakten über die russische Invasion in der Ukraine ersetzt hat. Für diese friedliche Aktion gegen den Krieg sitzt Aleksandra nun unter schrecklichen Bedingungen im Gefängnis. Sie leidet unter Zöliakie und muss die meiste Zeit hungern, da sie kein glutenfreies Essen bekommt.



BANGLADESCH: KLIMA-AKTIVIST DROHEN 10 JAHRE HAFT. Shahnewaz Chowdhury setzt sich für die von der Klimakrise betroffene Bevölkerung Bangladeschs ein. Bei einem starken Sturm 2021 verloren viele ihr Zuhause. Auf Facebook schrieb Shahnewaz, der Sturm sei eine Auswirkung des Klimawandels, zu dem ein umweltschädliches Kohlekraftwerk beitrage. Das Kraftwerksunternehmen klagte. Nun drohen ihm 10 Jahre Haft.